

Keine stalinistischen Methoden!

Parteimitglieder warnen SED-Führung vor neuer Zerreißprobe

Wer die heutigen SED-Zeitungen mit den vor 14 Tagen erschienenen vergleicht, dem kann der plötzliche Rückfall in die Terminologie des Stalinismus nicht verborgen bleiben. Mit einer geradezu erschreckend zynischen Argumentation geht man über die Ereignisse in Ungarn hinweg, und jene, die gestern noch um ihre Haut zitterten, tun sich heute durch die lautesten Reden hervor. Es wäre falsch, diese Dinge allzu ernst zu nehmen. Nach jeder knapp überstandenen Gefahr pflegen die Ängstlichen ihre Muskeln zu preisen. Sie sind dadurch nicht furchterregender geworden. Trotzdem gilt es in diesen Tagen, jeden Rückfall in den Stalinismus zu steuern.

Um was geht es? Die SED hat in den letzten Monaten Zugeständnisse machen müssen, die ihr nicht leichtgefallen sind. Staatssicherheitsdienst und Justiz sind in ihren Vollmachten beschnitten worden. Der Mann auf der Straße, der mit Recht über die von niemandem zu leugnende Mißwirtschaft schimpft, fällt nicht mehr der Willkür jedes SED-Spitzels zum Opfer. Die Dezentralisierung, so mißglückt sie auch sein mag, unternimmt zumindest den Versuch, den Gemeinden und ihren Bürgermeistern ein Minimum an Selbständigkeit zurückzugeben.

Die Jugendlichen werden nicht mehr offen in die Arme gepreßt, und was der Produktionsarbeiter in der Betriebsversammlung sagt, kann von den SED- und FDGB-Funktionären nicht länger mit billigen Phrasen totgeredet werden.

Zurück zu 1953?

Nimmt man die Summe dieser Erscheinungen, so kann festgestellt werden, daß die Chancen für eine beschränkte Demokratisierung der Zone heute günstiger wären als je zuvor. Dem steht entgegen, daß eine Reihe maßgeblicher SED-Führer mit ihrem Ersten Sekretär Ulbricht an der Spitze den alten Status vom Frühjahr 1953 wiederhergestellt wissen wollen. Diese Leute gehen von den vermeintlichen Erfahrungen in Un-

garn aus. Begnügen wir uns damit, daß der Hauptwiderstand gegen derartige Bestrebungen nicht zuletzt aus der SED selbst kommt. Deren Mitglieder wissen, was für sie auf dem Spiele steht, und darum sind sie nicht an Gewaltexperimenten interessiert. Ihnen steht nicht, wie den sowjetzonalen Rakosys, ein Sowjetflugzeug zur Verfügung, das sie rechtzeitig außer Landes bringt. Sie wissen, daß die SED ihre Stellung für die Zukunft nur noch durch eine möglichst ehrliche Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien und durch Anerkennung aller gerechtfertigten Reformbestrebungen halten kann.

Mit der SED paktieren?

Mancher mag fragen: Sollen wir vielleicht mit der SED paktieren? Gewiß nicht! Aber die SED ist, solange sie sich auf sowjetische Panzer zu stützen vermag, eine — wenn auch un-demokratische — Realität. Nachdem die „Volkskammer“ als Parlament versagte, bleibt nur noch der Kampf der bürgerlichen Parteien in den Regierungsorganen, der Kampf des Mannes auf der Straße gegen die Verdummung und der Kampf des Arbeiters für die Verbesserung der sozialen Lage in den Betrieben.

Hier muß ein Wort an jene gerichtet werden, die in den

vergangenen Wochen auf Funktionärsversammlungen der bürgerlichen Parteien, an den Hochschulen und in den Betrieben für echte Reformen eingetreten sind. Die SED ist bereit, Forderungen zu erfüllen, wenn sie mit dem nötigen Nachdruck vorgebracht werden. Die Studenten von Jena und Rostock, die in fast gleichlautenden 10-Punkte-Programmen die Abschaffung der marxistischen Zwangsvorlesungen und die Zulassung von Hochschulgruppen der bürgerlichen Parteien gefordert haben, können ebenso auf diesem Programm beharren wie jene Bezirksvorstände der Ost-CDU, die eine fachliche Kontrolle der Regierungsorgane durch den CDU-Parteivorstand und durch Vertreter der Bezirke forderten. Die in Hunderten sowjetzonaler Großbetriebe aufgetauchte Forderung nach einer Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe darf nicht durch Diskussionen um die satism bekannte „Arbeiterkontrolle“ verwässert werden.

Darum geht es im Augenblick. Die starken Worte der sich wieder ans Tageslicht wagenden Stalinisten müssen ignoriert und die eigenen Forderungen erhärtet werden. Ungarn ist für die Stalinisten keine Ermunterung, sondern eine Warnung! Jede Rückkehr zu den diktatorischen Prinzipien von 1952/53 könnte einmal bittere Folgen für die Kommunisten haben. Die Stalinisten wären schlecht informiert, wenn sie die kluge Zurückhaltung der Menschen in der Form verwechseln würden mit Müdigkeit und Resignation, und wenn sie glauben sollten, sie brauchten von Polen und Ungarn nichts zu lernen.

Zweierlei Maß

DT. Als das Feuer in Ägypten eingestellt wurde und Kairo sich zur Stationierung der UN-Truppen bereit erklärte, atmete die Welt auf. Das Gute schien sich wenigstens an einem der beiden Brennpunkte durchzusetzen. Optimistische Stimmen, die bereits eine beständige Bewährungsprobe der Vereinten Nationen und damit des Rechts feststellten, wurden laut. Aber das war verfrüht. Die Schwierigkeiten, die der endgültigen Stationierung auch gestern Abend immer noch entgegenstanden, waren größer als man erwartete. Nasser nutzte nicht nur eine Chance, er überspitze sofort seine fordernden Bedingungen, und das hätte eigentlich niemand verwundern können. Nach seinen fünf Punkten sieht es doch fast so aus, als übernehme er praktisch den Oberbefehl über diese UN-Polizeitruppen. Das mag überspitzt formuliert sein, doch immerhin will er über ihre Zusammensetzung, Stationierung, Verteilung und ihren Abzug bestimmen. Und das ist wirklich genug. Eine Truppe oder gar Polizeitruppe, die so unter die Bedingungen dessen gestellt wird, der ja schließlich kontrolliert werden soll, gab es noch nie. Fast wirkt es grotesk. Aber um des Friedens willen muß und wird Hammarskjöld zum äußersten Entgegenkommen bereit sein. Er wird wahrscheinlich in Kairo noch einmal direkt verhandeln und den Ägyptern dabei die Grenze der Bereitschaft zeigen, die auch er nicht überschreiten kann.

Daß Nasser ohnehin als Sieger, zumindest bei den Arabern, mit großem Prestigegewinn aus der Angelegenheit herausgehen wird im krassen Gegensatz zu den Engländern und Franzosen, liegt auf der Hand. Es ist dies die böse Folge des britisch-französischen Vorgehens und das teuer bezahlte Zugeständnis an die Sicherung des Weltfriedens. Die Frage ist jetzt, ob damit auch der sowjetische Einfluß in Ägypten und den übrigen arabischen Ländern noch

mehr an Boden gewinnt. Ben Gurion, Pineau und der britische Kolonialminister Lennox-Boyd haben gestern auf die Menge sowjetischer Waffen und Ausrüstungsgegenstände hingewiesen, die in Ägypten festgestellt worden seien und die offenbar „vorsorglich“ für sowjetische oder sonstige kommunistische „Freiwillige“ bereitgestellt worden waren. Das mögen natürlich späte Rechtfertigungsversuche sein, doch wecken sie erneut das kritische Interesse an dem heikelsten Punkt dieser ganzen Nahost-Frage: an der stillen Intervention durch Waffenlieferungen und den damit zusammenhängenden Versprechungen und Bedingungen. Die UN-Polizei sollte hierauf ihr besonderes Augenmerk richten. Mollat, vor der Weltöffentlichkeit nicht in starker Position, konnte sich gegenüber einem Kritiker immerhin mit der Feststellung verteidigen: Bedenken Sie, daß die Freiheitskämpfer in Ungarn und wir in Nordafrika von Waffen gleicher Produktion bekämpft werden.

Alle Wünsche sind bei den Soldaten mit der blauweißen Armbinde der UN, die, ein kleines Häuflein, einen großen symbolischen Wert verkörpern. Wird der Diktator am Nil das einsehen? Wird er endlich ein richtiges Empfinden haben für wirkliche Stärke und für den Erfolg auf weite Sicht? Die offensichtlich noch bestehenden Schwierigkeiten sind weniger der Gaza-Streifen, den Israel nach einer Erklärung Ben Gurions nicht zurückgeben will, als vielmehr die Suezkanal-Zone selbst. Nasser will ihn frei haben von allen Truppen, er will also den alten Zustand wiederhergestellt sehen, wobei er auf Widerstand der Franzosen stoßen wird, die nach Pineau nur dann abziehen wollen, wenn die UN-Truppen sichern. Nasser will also die UN-Truppen lediglich als zusätzliche Sicherungs- und Abwehrtruppe gegen Israel einsetzen; sie sollen ihn vor weiteren Vormärschen der Israelis schützen, zumal sich seine

eigene Truppe als unterlegen erwiesen hat. Mit dem internationalen Geist der Vereinten Nationen hat das allerdings nichts mehr zu tun.

Im übrigen sieht man bei den sich aufdrängenden Vergleichen der Nahost-Krise mit Ungarn unwillkürlich, daß die Beschlüsse der UN unterschiedlich gewertet und befolgt werden. Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Die Beteiligten am Nahost-Konflikt akzeptieren die UN, wenn auch nicht ohne Eigeninteressen, die Beteiligten in Ungarn negieren sie. Natürlich sind die Voraussetzungen sehr verschieden, aber selbst wenn den UN in Ägypten ein Enderfolg beschieden sein sollte, so ist es ein Teilerfolg. Denn es bleibt Ungarn. Es bleibt dort die unbefriedigende Situation, dieses grauenhafte Problem, das nicht etwa der Sowjetdelegierte, sondern der eilfertige Inder Menon vor der UN-Vollversammlung in einen Ausschuß und damit auf die lange Bank schieben wollte. Es bleibt dieses Problem, das am Gewissen der Welt und an dem eines jeden einzelnen von uns nagt und das aus der Verbitte-rung über die Beschränkung der UN-Organisation eine unterschiedene Korrektur fordert.

Der Zündstoff

DT. Einem Angeklagten fällt es meist schwer, die Wahrheit zu sagen. Auch der Sowjetunion, die sich vor den Vereinten Nationen im Zustande der Anklage befindet, fällt das schwer. Deshalb hat ihr Vertreter in der Vollversammlung, Kuznetsov, das alte, verlogene Märchen erzählt, das wir bereits aus den Tagen des 17. Juni und des Posener Aufstandes kennen. Er sagte nämlich, die „Verschwörung“ zum Sturz der ungarischen Regierung sei von Organisationen außerhalb des Landes ausgegangen; gewisse Kreise in den USA, Großbritannien und Frankreich seien daran interessiert, in Ungarn das frühere feudal-kapitalistische Regime wiederherzustellen.

Es ist nicht anzunehmen, daß man das in Moskau wirklich

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Immer wieder: Fragen an die SED

„Aussprache“ in Leipzig und Magdeburg

Berlin (DPA/Eigenbericht). „Warum nimmt man zu den Fehlern, die Walter Ulbricht gemacht hat, nicht Stellung?“ diese Frage stellte nach einem Bericht des SED-Blattes „Volkstimme“ ein Arbeiter des Magdeburger Georgij-Dimitroff-Werkes bei einer „Aussprache“ mit dem ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Alois Pisknik. Wie aus dem Bericht hervorgeht, war die Antwort Piskniks ausweichend. Er meinte, „mit Diffamierung des Genossen Walter Ulbricht und anderer führender Funktionäre“ wollten „unsere Gegner“ nur Verwirrung und Unruhe sowie eine Spaltung des Politbüros, des Zentralkomitees und der Regierung erreichen.

Bei einem Treffen 1000 Jugendlichen aus Leipziger Betrieben und Schulen wurden nach Mitteilung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ „zahlreiche Fragen“ an den SED-Volkskammerabgeordneten Fröhlich und den Leipziger Oberbürgermeister Erich Uhlig gestellt. Ohne Einzelheiten über den Inhalt der Fragen mitzutei-

Rokossowski abgesetzt

Prozeß der „vorsichtigen Entstalinisierung“ in Polen

Warschau (AP/DPA). Der sowjetische Marschall Rokossowski hat seine Ämter als polnischer Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident zur Verfügung gestellt. Zum neuen Verteidigungsminister wurde der bisherige Stellvertreter in diesem Amt, General Marian Spychalski, ernannt, der nach langjähriger Haft unter dem stalinistischen Regime erst in diesem Jahr rehabilitiert und in die Regierung aufgenommen wurde.

Ferner wurden die Minister für Gesundheitswesen, Wiederaufbau und Erziehung ausgewechselt. Weitere Veränderungen in der polnischen Regierung werden in Kürze erwartet. Im Rahmen der Entstalinisierung wurden ferner verschiedene Maßnahmen getroffen, die auf eine weitere Liberalisierung hinauslaufen.

Neuer Gesundheitsminister wurde der international bekannte Kinderarzt Professor Baranski, neuer Erziehungsminister Wladimir Bienkowski, ein enger Mitarbeiter des Parteisekretärs Gomulka. Der Name des neuen Wiederaufbau-

ministers ist noch nicht bekannt.

Auch der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Barcikowski, wurde von seinem Posten abgelöst. Bereits Anfang November hatte der polnische Justizminister, Frau Wasilkowska, Änderungen in den Gerichtsbehörden angekündigt und mitgeteilt, daß alle Richter, die in der Vergangenheit falsche Urteile gefällt haben, entlassen werden sollen. Sie forderte ferner die Unabhängigkeit der Gerichte und die Abschaffung einer „unzulässigen Einmischung in die Rechtsprechung“.

Ausschüssen des polnischen Parlaments liegen gegenwärtig Gesetzentwürfe vor, in denen die Abschaffung des Komitees für Staatssicherheit und des Ministeriums für Staatsgüter vorgesehen ist. Der Schutz des Staates vor „feindlicher Spionage und Terror-Aktivität“ soll in Zukunft dem Innenministerium übertragen werden. Für den Strafvollzug soll in Zukunft allein das Justizministerium verantwortlich sein und nicht mehr zugleich das Innenministerium.

Die Ernährungslage in Polen ist außerordentlich angespannt. Wie Wirtschaftsminister Jendrychowski vor dem Parlament mitteilte, müsse Polen mit ersten Versorgungsschwierigkeiten rechnen.

Es hagelt Proteste gegen Moskau

Arbeiter weigern sich, russisches Schiff zu beladen

London (DPA). Die Proteste gegen die sowjetischen Gewaltmethoden in Ungarn halten unvermindert an. In Liverpool weigern sich britische Hafenarbeiter seit zwei Tagen, das sowjetische Schiff „Rjasan“ zu beladen. Einer der Arbeiter sagte, er und seine Kameraden verzichteten lieber auf die ihnen angebotenen 20 Pfund (etwa 220 DM), als daß sie für die Sowjets arbeiteten.

Die britische Eishockey-Vereinigung hat beschlossen, das für Ende des Monats geplante internationale Eishockeyspiel gegen die Sowjetunion abzusagen.

In Tokio warfen etwa 300 Demonstranten, die gegen den vor einem Monat abgeschlossenen sowjetisch-japanischen Vertrag protestierten, die Fensterscheiben der sowjetischen Mission in Tokio ein.

Boykott der Sowjetunion?

IBFG vor einem weittragenden Beschluß

Stuttgart (AP/DPA). Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) will in Hamburg über einen weltweiten Boykott sowjetischer Güter und Dienstleistungen beschließen. Auf diese Weise wollen die Gewerkschaften der freien Welt den ungarischen Freiheitskampf gegen die Sowjets unterstützen.

Der Boykott soll, wie auf einer Pressekonferenz in Stuttgart mitgeteilt wurde, bereits am kommenden Montag beginnen. Er würde sich nicht nur auf das Anhalten, Beladen und Entladen sowjetischer oder für die Sowjetunion bestimmter Schiffe erstrecken, sondern auch den Schiffsbau sowie Schiffsreparaturen für die UdSSR umfassen.

Die in Hamburg zusammengetretene Konferenz des IBFG wird 56 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus 83 Ländern repräsentieren. Vertreter von gewerkschaftlichen Organisationen aus europäischen Ländern und Übersee, die nicht im IBFG vertreten sind, wurden besonders eingeladen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in der Bundesrepublik, Kummernuß, sagte, nach

seiner Meinung würden sich die deutschen Gewerkschaften selbstverständlich einem etwaigen Boykottbeschuß des IBFG anschließen.

Sowjetabzug gefordert

Neu Delhi (DPA). Die Ministerpräsidenten der vier Colombo-Staaten Indien, Burma, Ceylon und Indonesien haben den Abzug der ausländischen Streitkräfte aus Ungarn gefordert, damit die ungarische Bevölkerung ihre Probleme friedlich lösen könne. Sie sprachen sich ferner für den Abzug der israelischen, britischen und französischen Truppen aus Ägypten aus und begrüßten die Aufstellung einer UN-Polizeitruppe. Diese Truppe dürfe jedoch nicht die Souveränität Ägyptens verletzen oder eine Lösung des Suezkanal-Problems präjudizieren.

Bundesrat vierteljährlich in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Bundesratspräsident Dr. Sieveking hat im Schöneberger Rathaus angekündigt, der Bundesrat werde künftig regelmäßig einmal im Vierteljahr in Berlin tagen.

Mit diesen wiederholenden Berliner Arbeitstagen wolle der Bundesrat das Normale und Gewöhnliche solcher Arbeitstagen betonen, denn nicht das Einmalige, sondern das Normale fördere und stärke das Bewußtsein, daß Berlin die deutsche Hauptstadt sei. Sieveking warnte jedoch davor, diese Entwicklung durch Überstürzung zu gefährden. Er bekannte sich abschließend persönlich zu den alten und guten Tugenden Preußens: der Vaterlandsliebe, der Opferbereitschaft und dem ausgeprägten Staatsbewußtsein, die in Berlin lebendig seien. Gerade dadurch werde Berlin wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft Beispiel und Vorbild sein.

Gomulka fährt nach Moskau

Neuer Vertrag über Truppenstationierung

Warschau (AP/DPA). Der polnische KP-Chef Gomulka wird zu Verhandlungen mit der sowjetischen Parteiführung nach Moskau fliegen. Der Besuch Go-

mulkas und anderer führender polnischer Persönlichkeiten in Moskau war bereits Ende Oktober nach dem überraschenden Besuch Chruschtschows in Warschau angekündigt worden. Wegen der Unruhen in Polen mußte Gomulka die Reise jedoch verschoben.

Adenauer: NATO politisieren

Die Konsequenzen aus den Ereignissen

Bonn (AP/DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich vor der CDU-Fraktion für eine stärkere Politisierung der NATO ausgesprochen. Er sagte, die Ereignisse der letzten Wochen, vor allem in Ungarn, hätten gezeigt, daß die Einwirkungsmöglichkeiten der UN beschränkt seien. Daraus müsse die Konsequenz gezogen werden, die NATO militärisch zu stärken und sie zu einem politischen Instrument auszubauen.

Der Kanzler wies darauf hin, daß bestimmte NATO-Partner in jüngster Zeit außenpolitische Aktionen unternommen hätten, die „vor die NATO gehörten“, aber dort nicht erörtert worden seien. Durch eine Politisierung der NATO müsse erreicht wer-

den, daß die Außenpolitik der Bündnispartner koordiniert werde.

„Freies Europa“ wird überprüft

Bonn (Eigenmeldung). Das Auswärtige Amt prüft zur Zeit die Sendungen des amerikanischen Senders „Freies Europa“ aus den letzten Wochen. Von der FDP war behauptet worden, die ost- und südosteuropäischen Völker seien von dem Sender zum Aufstand gegen die Sowjets aufgewiegelt worden, wobei ihnen Hilfe von westlicher Seite versprochen worden sei.

Wie verlautet, ist bei der Prüfung durch das Auswärtige Amt aber bisher kein stichhaltiger Anhaltspunkt für die Behauptungen der FDP gefunden worden.

In Warschau wird erwartet, daß Gomulka mit den Sowjets einen neuen Vertrag über die Stationierung sowjetischer Truppen abschließen wird. Die entsprechenden Klauseln des Warschauer Paktes sollen revidiert werden, doch haben Gomulka und auch Ministerpräsident Cyrankiewicz mehrfach betont, daß die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Polen angesichts des deutschen „Revisionsismus“ unbedingt notwendig sei. Die polnische Bevölkerung selbst befürwortet jedoch einen weitgehenden Abzug der sowjetischen Soldaten.

Im Zuge der Entstalinisierung sind in Polen weitere wirtschaftliche und politische Erleichterungen verkündet worden,

So sind sie wirklich:

Kohlen oder Kartoffeln?

Experten aus den europäischen Oststaaten behaupten, es gäbe heute nur noch einen kommunistischen Staat, dessen Transportwesen sich in so katastrophalem Zustand wie das der Sowjetzone befände, nämlich Rumänien. Den Eingeweihten kommt diese Erkenntnis bitter an. Denn mit dem Transportwesen steht und fällt nicht nur der Wirtschaftsaufbau, sondern auch die Versorgung der Zivilbevölkerung. Und um diese ist es in der Sowjetzone ohnedies übel bestellt.

Will man das Problem vergrößern, so geht es in der Zone um die Grundsatzfrage: „Soll man Kohle oder Kartoffeln transportieren?“ Eines geht nur, für beides reicht der Transportraum nicht. So war die Stelle eines Eisenbahnministers im SED-Staat nie ein sehr begehrter Posten. Und es mußte schon ein recht hartnäckiger Funktionär kommen, um sich in diesem Dilemma jahrelang zu behaupten.

„Bis auf die Metro...“

Erwin Kramer, Minister für Verkehrswesen, Sohn eines Schneidemühler Eisenbahnspektors, ist heute 54 Jahre alt. Als Student praktizierte er im Schneidemühler Reichsbahnausbesserungswerk und schloß sich dort der kommunistischen Bewegung an. Die KPD-Führung schickte den bewährten Jugendfunktionär 1932 an das „Volkskommissariat für Verkehrswesen“ nach Moskau, wo es Kramer bis zum Lektor für Maschinentechnik brachte.

Was er in der Sowjetunion lernte, scheint ihm nicht viel bedeutet zu haben: „Es war alles unsagbar primitiv, wir fuhren wie auf der schwäb'schen Eisenbahn und es gab Tag für Tag die lächerlichsten Pannen!“ Nur an den Bau der „Metro“, der Moskauer Untergrundbahn, an dem er beteiligt war, denkt er gern zurück. „Aber sonst, bis auf die Metro...“

Organisator in Spanien

Hitlers Machtgreifung zwang ihn, in Moskau zu bleiben. Die Sowjetpartei, deren Mitglied Kramer ist, schickte ihn 1937

ERWIN KRAMER

nach Spanien, wo er den Nachschub der Internationalen Brigaden organisierte. So sind seine Fachkenntnisse auch später, während des Krieges, immer mehr in die Bewältigung strategischer Transportfragen umgeschlagen. Kramer gehört dabei zu den Opfern einer verspäteten Stalinschen Säuberung. Erst als die Wehrmacht in Rußland einbrach, ließ die GPU den unentbehrlichen „Spezialisten“ frei.

Im Rang eines Sowjetoffiziers kam Kramer 1945 nach Deutschland. Ohne ihn hätten die Russen nur schwerlich ihre Nachschublinien entwirrt. Kramer stieg auf in die SED-Hierarchie, wurde unentbehrlich, aber stets blieb er — nicht ohne Absicht — auf dem zweiten Platz. Als Stellvertreter Reichsbahn-Generaldirektor vermochte er sich besser auf seine Arbeit zu konzentrieren als der politisch exponierte Generaldirektor Kreikemeier, der auch prompt 1950 zu den Opfern der ersten Ulbrichtschen Säuberung gehörte. Ganz unschuldig scheint Kramer allerdings auch daran nicht zu sein. Er wurde Nachfolger des seither spurlos verschwundenen und vermutlich in der Sowjetunion Verstorbenen.

Lemmer wird Postminister

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner CDU-Vorsitzende Ernst Lemmer wird zum Bundespostminister ernannt werden. Lemmer, der vor kurzem eine Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte, soll die Nachfolge von Dr. Balke antreten, der Bundesatominister geworden ist.

Vor Pressevertretern erklärte Lemmer im Schöneberger Rathaus, die Voraussetzung für die Übernahme des Ministeriums sei gewesen, daß er Landesvorsitzender der Berliner CDU bleibe und weiter in der Berliner Koalitionspolitik mitwirken könne. „Ich kehre Berlin nicht den Rücken, sondern arbeite in Bonn für Berlin“, betonte Lemmer. Seine Wohnung mit Familie werde in Berlin bleiben,

Als die SED 1953 das Verkehrswesen dezentralisierte, wurde Kramer unter dem FDGB-Funktionär Roman Chwalek Stellvertreter Eisenbahnminister. Wieder beherrschte er souverän den zweiten Platz. Chwalek war „Chef“, aber Kramer avancierte nacheinander in das SED-Zentralkomitee und zum Träger des bedeutungsvollen „Vaterländischen Verdienstordens“. Chwalek blieb nur das zweifelhafte Portefeuille.

Als die SED dann im November 1954 mit einer neuen Ministerliste herauskam, rangierte Kramer — für keinen Eingeweihten unerwartet — als Minister für das gesamte Verkehrswesen der Zone. Er selbst war nicht einmal erfreut darüber. Zwar waren seine Chefs stets nur Puppen im Kabinett gewesen, die er von seinem

„Stellvertreter“ - Stellwerk lenkte, aber auch das Erbe war danach. Und nicht zuletzt wußte Kramer, was diese Ernennung in weiterer Perspektive zu bedeuten hatte...

Das Warschauer Problem

Denn bald kam ein Warschauer Vertrag und mit ihm die Forderung nach strategischer Absicherung des sowjetzonalen Eisenbahn- und Verkehrswesens. Was Kramer in Spanien und an der russischen Front gelernt hatte, galt es nun in die Tat umzusetzen: Das total zerrüttete Liniennetz der Sowjetzonen-Eisenbahn mußte für einen erforderlichen Nachschubverkehr aus den Oststaaten gefestigt werden.

Niemand wußte besser als Kramer, daß darunter das zivile Verkehrsnetz leiden würde. Er versuchte, was möglich war, aber das Warschauer Problem vermochte er ebensowenig zu lösen wie das Grundproblem der Zonen-Eisenbahn: „Kohle oder Kartoffeln?“ Ihn trifft die wenigste Schuld, wenn er oft verzweifelt erklärt: „Ich kann zwar Schwerlastzüge fahren, aber keine nichtvorhandenen Güterwagen durch die Luft schicken, wo keine Schienen liegen...“

Die Sache mit Mate Szalka

Wie die Sowjetzonen-Schriftsteller Ungarn verrieten

Die Intervention sowjetischer Panzer in Ungarn hat nicht nur eine politische, sondern auch mancherlei moralische Krise heraufbeschworen. Das unrühmlichste Blatt in der Chronik der Ereignisse beansprucht dabei zweifelsohne die SED. Diese aber hat sich wiederum eigenartige Bundesgenossen gesucht, um mit ihnen die Schande kommunistischen Verrats zu teilen: Auf Veranlassung des SED-Zentralkomitees forderte der sowjetzonale Schriftstellerverband alle ihm angehörenden Nationalpreisträger auf, der Presse sowjetfreundliche Stellungnahmen über Ungarn abzugeben. Und das Unfaßbare geschah: Die durch den Nationalpreis Korruptierten haben dies getan!

Als Stephan Hermlin im „Neuen Deutschland“ damit begann, als er die ungarischen Freiheitskämpfer als Brandstifter und Faschisten beschimpfte, empfanden sich sogar alte Kommunisten gegen seine Vergleiche und die hier praktizierte Propaganda. Als man aber sogar einen Mann wie Arnold Zweig, der fast völlig erblindet im von der SED gutverschlossenen Elfenbeinturm des alternden Schwärmers lebt, für diese Kampagne mißbrauchte, zogen andere ihre Zusage beschämt zurück. Und ausgerechnet die einst von allen Antifaschisten gefeierte Anna Seghers mußte den größten faux pas begehen.

Opfer eines erbarmungslosen Machtkampfes um die Führung innerhalb der ungarischen Partei. Szalka hatte als einer der ersten den Verrat begriffen, den die Sowjets an dem spanischen Volk begingen.

„Wir bezahlen alles!“

Es blieb Anna Seghers vorbehalten, die sowjetische Intervention ausgerechnet im Namen dieses von Sowjet-Beauftragten gemordeten Ungarn zu begrüßen. Aber auch ihre Schriftstellerkollegen, die noch im Mai dieses Jahres zum Teil recht offen gegen die geistigen Formen des Stalinismus auftraten, deren Stellungnahmen auf dem

Schriftstellerkongreß eine Rückkehr zu den Elementarbegriffen geistiger Freiheit erhoffen ließen, gaben in dieser Situation ihren Charakter auf. Der Schriftstellerverband schickte mehr als 80 seiner prominentesten Angehörigen in die Provinz: „Auf Agitationsreise, in die Betriebe und auf die LPG. Wir bezahlen alles, Arbeitsausfall und Spenden...!“

Zur gleichen Stunde erklärten sich in Rom und Paris kommunistische Schriftsteller bereit, freiwillig als Angehörige Internationaler Brigaden nach Ungarn zu gehen, um gegen die Interventen zu kämpfen. Zur gleichen Stunde gaben die polnischen Schriftsteller eine Sympathieerklärung für die ungarischen Freiheitskämpfer ab und beschlossen jugoslawische Publizisten, die Bücher der sich auf die Seite der Sowjets stellenden ungarischen Stalinisten in moralische Acht und Bann zu tun.

Niemand hätte von den Sowjetzonen-Schriftstellern ähnliches erwartet. Hätten sie doch wenigstens geschwiegen!

Wer war Mate Szalka?

Anna Seghers, heute eine verbitterte und in ihrem Haß ungerechte Frau, bezeichnete wie Hermlin die Freiheitskämpfer als Faschisten. Sie wagte es, die Vorgänge in Ungarn mit denen des spanischen Bürgerkrieges zu vergleichen, nur daß sie die für ihre Freiheit und für ihr Land kämpfenden Ungarn mit den faschistischen Truppen Francos verglich. Die mit Panzern auf die Bevölkerung schießenden Sowjets aber glaubte sie den Internationalen Brigaden von damals gleichsetzen zu müssen und als Beispiel zog sie ausgerechnet den „für das spanische Volk gefallenen ungarischen Dichter Mate Szalka“ heran.

Wer war Mate Szalka? Teilnehmer des spanischen Bürgerkrieges haben ihn mit dem deutschen Kommunisten Hans Beimler gleichgesetzt. Wie Beimler, so wurde auch Szalka im Auftrage der Kominternzentrale an einem ruhigen Frontabschnitt heimtückisch „liquidiert“. Von zwei Genickschüssen getroffen, starb der Dichter und Politikommissar als

Posens SSD gegen Befehlsempfang

Sowjetische Berater sollen gehen

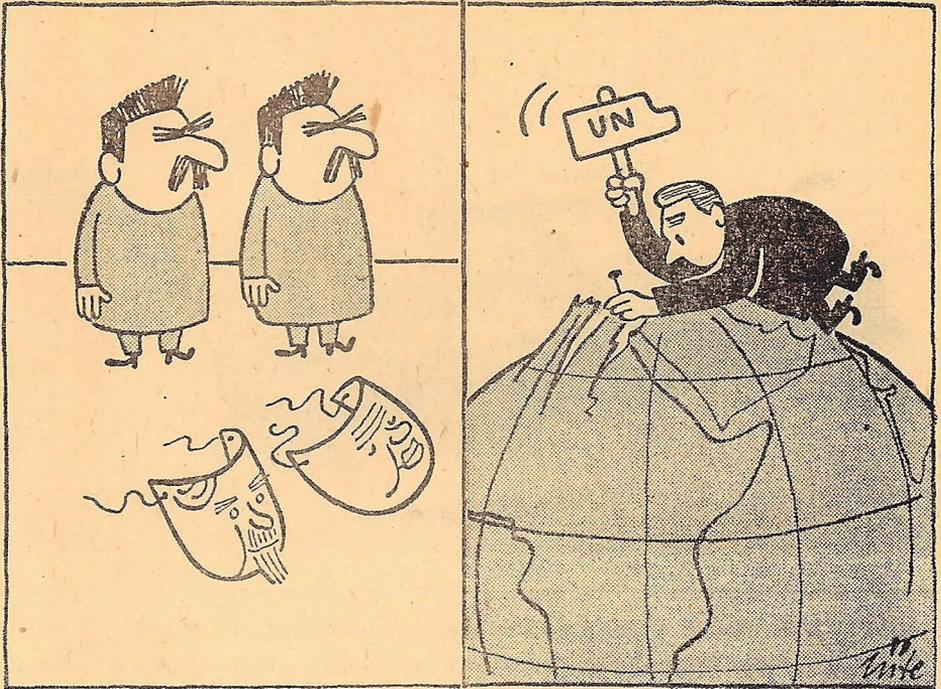
Warschau (AP). Die Mitglieder der Geheimpolizei in Posen haben in einer Resolution, die als offener Brief an die Bevölkerung der im Sommer von schweren Unruhen erschütterten Stadt gerichtet ist, die Abschaffung des gegenwärtigen Systems der Sicherheitspolizei und die Entlassung der sowjetischen „Berater“ dieser Polizei verlangt. Die Entschließung wendet sich ferner gegen das Stören von Rundfunksendungen. Zudem wird „volle Solidarität“ mit dem ungarischen Volk ausgedrückt.

In ihrer Resolution erklären die Sicherheitsbeamten, die sowjetischen „Berater“ seien „vom Stalinismus durchdrungen“ und an der „Entartung des Sicherheitsapparates“ in Polen schuld. Man solle eine neue Sicherheitspolizei schaffen, die sich ausschließlich mit Abwehraufgaben und „dem Kampf gegen die feindliche Untergrundbewegung“ befasse. Die Geheimpolizisten

sähen jetzt ein, daß sie in der Tat zur Unterdrückung des Volkes benutzt worden seien.

Erst kürzlich war gemeldet worden, daß auf Massenkundgebungen in Polen die Bevölkerung den Abzug sowjetischer Truppen und die Rückgabe der von der Sowjetunion geraubten polnischen Gebiete verlangt hat. Die Bevölkerung wurde jedoch offiziell gewarnt, zu große Forderungen zu stellen, da sonst die Gefahr eines „zweiten ungarischen Krieges“ bestehe.

Der frühere Vorsitzende der polnischen Gewerkschaften, Klosiewicz, hat die Regierung um eine Mitteilung darüber gebeten, ob stalinistische Elemente während der politischen Krise im Oktober in Polen einen Militärputsch geplant hätten. Klosiewicz sagte vor dem Parlament, er sei „verleumdeterweise“ beschuldigt worden, sich an einem angeblichen Putschversuch beteiligt zu haben, und verlange seine Rehabilitierung.



Nach Ungarn: Demaskierung

HAMMERSkjöld

Der Zündstoff

(Fortsetzung von Seite 2)

glaubt; aber es ist bedauerlich und auch gefährlich, daß man in dieser Weise die Tatsachen entstellt, obwohl kürzlich in einer ähnlichen Situation von Polen ein ausgezeichnetes Beispiel der Wahrhaftigkeit gegeben worden ist. Dort war es Gomulka, der mit der gleichen Deutung des Posener Aufstandes gründlich aufräumte. Vor dem ZK der Kommunistischen Partei erklärte er am 20. Oktober:

„Eine große politische Naivität war der ungeschickte Versuch, die schmerzliche Tragödie von Posen als ein Werk imperialistischer Agenten und Provokateure hinzustellen. Agenten und Provokateure können immer und überall wirken. Sie werden aber niemals und nirgends über die Haltung der Arbeiterklasse entscheiden... Die Ursachen

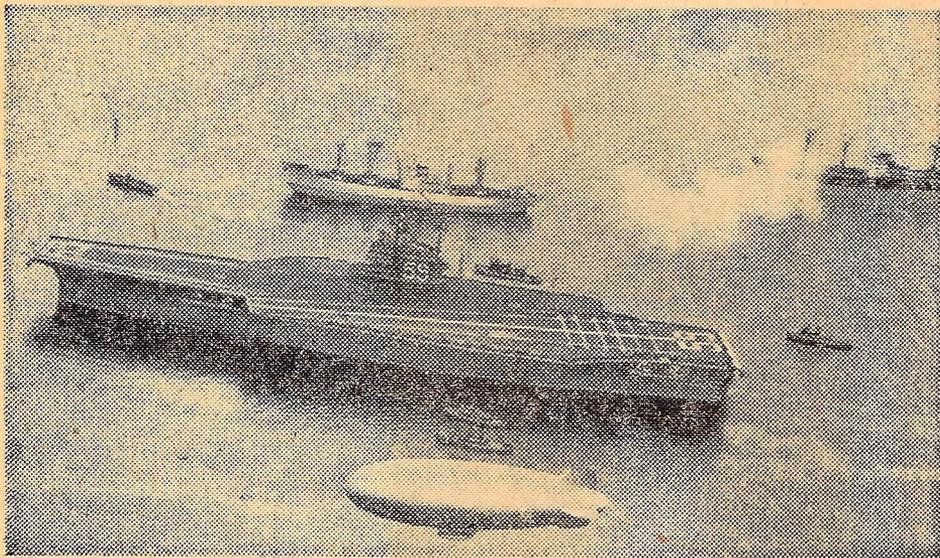
der Posener Tragödie und der tiefen Unzufriedenheit der gesamten Arbeiterklasse sind bei uns zu suchen, bei der Parteilührung, bei der Regierung. Der Zündstoff sammelte sich Jahre hindurch an.“

Gomulka ist, wie man sieht, nicht nur klassenbewußter als die kommunistischen Führer der Sowjetunion. Er übertrifft sie auch an selbstkritischer Wahrheitsliebe. Mit seinen Feststellungen über den Posener Aufstand hat er die Situation genau gekennzeichnet, die auch in Ungarn bestand und zur explosiven Entladung führte. Es ist heute nicht mehr möglich, über diese Wahrheit auch nur einen einzigen Menschen zu täuschen —, weder in den Ländern des Ostblocks, die diese Wahrheit am eigenen Leibe verspüren, noch sonst in der Welt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1,
Manfred-von-Bichtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE. Oben: Amerikanische Alarmbereitschaft. Im Rahmen der militärischen Sicherheitsmaßnahmen verließ auch der Flugzeugträger „Forrestal“ seinen Bestimmungshafen. — Unten: Verfahren gegen Otto John begann. Unser Bild zeigt ihn in Begleitung eines Kriminalbeamten vor dem Bundesgerichtshof.

